



Handelskammer

EU-Politiker mit Unterhosen aus Zurzach, Streit um SBB-Halt in Baden und ein politisch unkorrektes Geschenk

Bei der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer** warb der frühere EU-Kommissar Günther Oettinger für mehr Liebe zwischen Bern und Brüssel, drei Kandidierende für den Ständerat suchten nach Unterschieden und rund 400 Gäste erhielten beim Ausgang einen Mohrenkopf.

11.05.2023, Fabian Hägler

Der Abend im Trafo Baden begann mit einer Eskalation: Die Freiämter Blasmusik-Formation «Brässkalation» eröffnete die Jahresversammlung der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK)** schwungvoll. Wenn sich rund 400 Mitglieder und Gäste des grossen Wirtschaftsverbandes treffen, erwartet man Einigkeit, gerade in einem Wahljahr. Doch der Abend war keineswegs nur harmonisch, es gab durchaus die eine oder andere kleine Eskalation.

In ihrer Ansprache thematisierte **Präsidentin Marianne Wildi** die rasch aufeinanderfolgenden Krisen, welche die Aargauer Unternehmen vor grosse Herausforderungen stellen. Sie lobte die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft, betonte aber auch den grossen Beitrag, den sie zum Wohlstand beitrage. «Bei Forderungen nach neuen staatlichen Leistungen muss man sich stets bewusst sein, dass jemand dafür aufkommen muss.»

Energie, Beziehungen zur EU und Arbeitskräfte als Erfolgsfaktoren

Wildi betonte, für die Aargauer Unternehmen gebe es drei wichtige Erfolgsfaktoren: verlässliche, bezahlbare Energie in genügender Menge, gute Beziehungen der Schweiz mit Europa und anderen Handelsmärkten sowie die Verfügbarkeit von Arbeitskräften aus dem Ausland. Damit waren auch schon Themen für das anschliessende Podium mit den drei bürgerlichen Kandidierenden für den Ständerat gesetzt, die von der **AIHK** unterstützt werden.

Thierry Burkart (FDP, bisher), Benjamin Giezendanner (SVP, neu) und Marianne Binder (Mitte, neu) sollen, wenn es nach **Präsidentin Wildi** geht, die beiden Sitze im Stöckli unter sich ausmachen. Die frühere Fernsehmoderatorin Christine Maier befragte die drei Kandidierenden zu ihren Rezepten für die Verkehrs-, Energie- und Europapolitik. Maier versuchte bei allen drei Themen die Unterschiede zwischen den Positionen von Burkart, Giezendanner und Binder herauszuarbeiten.

Ständeratsdebatte: Wo soll der direkte Zug nach Bern halten?

Dies gelang unterschiedlich gut – wenn es um die Zukunft der Mobilität geht, sind sich zum Beispiel alle drei einig, dass es einen Ausbau der A1 auf sechs Spuren und einen neuen Bahntunnel von Aarau nach Zürich braucht. Differenzen gab es aber dennoch, so warb Binder als Badenerin für eine direkte, schnelle Zugverbindung nach Bern.

Giezendanner als Rothristler pochte dagegen auf eine gute Anbindung des westlichen Aargaus. Burkart als Bisheriger mahnte, im Ständerat müsse das Aargauer Duo zusammenhalten. Man dürfe nicht in Regionen denken, dies schwäche den Aargau im Wettbewerb mit anderen Kantonen.

Warum lanciert die SVP keine Initiative für neue AKW?

Bei der Energiedebatte bekannte sich Giezendanner zu seiner Forderung, neue Atomkraftwerke in der Schweiz zu bauen. Er blieb Binder aber eine Antwort auf die Frage schuldig, warum die SVP keine Volksinitiative für den Bau neuer AKW einreiche. Die Mitte-Frau sagte, das Volk habe die Energiestrategie 2050 angenommen, diese gelte es nun umzusetzen.

Binder musste aber einräumen, dass sie noch kein Rezept hat, um den wegfallenden Strom nach dem



Atomausstieg in der Schweiz zu ersetzen. Burkart warb für das Motto: Das eine tun, das andere nicht lassen. Kurzfristig brauche es Gas- und Ölkraftwerke, zudem müssten die erneuerbaren Energien viel schneller ausgebaut werden, aber die Schweiz könne auch künftig nicht ohne Kernenergie auskommen.

Burkart kennt die Mitte-Position in der Europapolitik nicht

Bei der Frage von Maier, wo er sich in der Europapolitik von den anderen Kandidierenden unterscheide, wurde Burkart erstmals angriffig. «Wir wollen gut eingebunden sein, unter Wahrung der Souveränität, doch mit der SVP finden wir keine Lösung, die sagte am Ende immer Nein. Bei der Mitte kann ich nicht sagen, wo der Unterschied liegt, weil ich nicht weiss, wo sie steht.»

Binder sagte, sie habe die EU und Europa immer als Chance empfunden. Dem inzwischen begrabenen Rahmenabkommen stand sie kritisch gegenüber, ein neuer Anlauf sei aber nötig. Giezendanner hielt fest, im Unterschied zur Konkurrenz habe er vier Niederlassungen im EU-Raum. Die Schweiz müsse die Partnerschaft mit der Union aufrechterhalten, «aber nicht um jeden Preis».

Ehemaliger EU-Kommissar wünscht sich mehr Liebe

Nach der Podiumsdiskussion betrat Günther Oettinger die Bühne, der ehemalige CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg und EU-Kommissar in Brüssel hielt ein leidenschaftliches Referat. In einer Tour d'Horizon sprach er davon, dass sich die EU, Grossbritannien und die Schweiz finden müssten, damit Europa nicht im Sandwich des globalen Machtkampfs zwischen den USA und China zerdrückt werde.

Oettinger wies auf die Bedeutung des EU-Binnenmarktes für die Schweizer Wirtschaft hin und illustrierte dies mit einem Beispiel. «Triumph stellt in Zuzach viel mehr Unterwäsche her, als die Schweizer tragen können, ein grosser Teil wird exportiert, ich trage eine Unterhose der Marke Sloggi.» Und der überzeugte Europäer wünscht sich mehr Liebe und Empathie zwischen Bern und Brüssel. Heute sei die Beziehung fast wie die eines alten Ehepaars, dies müsse sich ändern, auch im Interesse der Wirtschaft.

Oettinger nannte ein zweites Aargauer Produkt, als er kritisierte, dass sich Europa derzeit mit Nebensächlichkeiten wie dem Genderstern oder dem Abmontieren von Schildern der Mohrenstrasse in Berlin beschäftige. Er bekannte, dass er gerne Mohrenköpfe esse – als ob er gewusst hätte, dass alle Besucherinnen und Besucher am Ausgang eine kleine Schachtel der süssen Spezialität aus Waltenschwil bekommen würden.



Das doppelte Ständeratspodium auf der Bühne und der Leinwand: Moderatorin Christine Maier mit Benjamin Giezendanner (SVP, neu), Marianne Binder (Mitte, neu) und Thierry Burkart (FDP, bisher). Bild: Sandra Ardizzone





AIHK-Präsidentin Marianne Wildi wünscht sich von der Politik gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Bild: Sandra Ardizzone
Bild: Sandra Ardizzone



Günther Oettinger, früherer Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Mitglied der EU-Kommission von 2010 bis 2019, bei seinem Referat. Bild: Sandra Ardizzone
Bild: Sandra Ardizzone